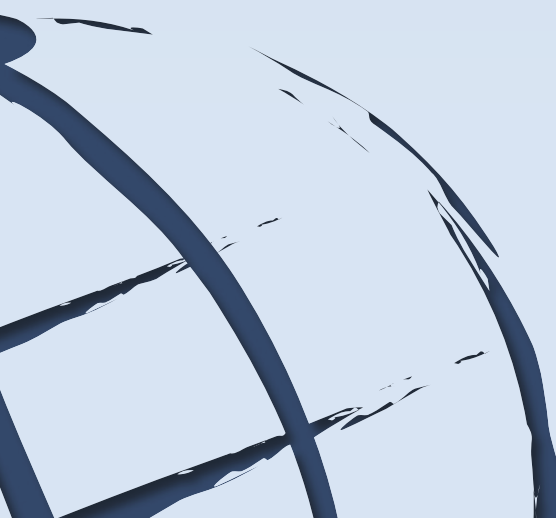


Welt  **Trends**
Institut für Internationale Politik

TOMASZ MOROZOWSKI

Perspektiven einer polnisch-deutschen Zusammenarbeit
in der europäischen China-Politik



Welt  **Trends**
Potsdamer Wissenschaftsverlag
verlag@welttrends.de
shop.welttrends.de
www.welttrends.de

Perspektiven einer polnisch-deutschen Zusammenarbeit in der europäischen China-Politik

Tomasz Morozowski

Polen und Deutschland haben jeweils ihre eigenen Schwierigkeiten in den Beziehungen zu China. Manches daran sind aber Aspekte gemeinsamer Probleme, und dies eröffnet die Perspektive einer Zusammenarbeit. Beide Staaten sind bemüht, die Balance zwischen den eigenen Interessen am Ausbau der Beziehungen zu der asiatischen Großmacht und ihrer Verantwortung als Bündnispartner gegenüber den USA, aber auch der EU zu finden. Eine kohärente und wirksame europäische China-Politik liegt im Interesse sowohl Polens, als auch Deutschlands. Sie zu entwerfen, setzt aber Offenheit und politischen Willen auf beiden Seiten voraus. Deutschland ist sowohl der wichtigste Wirtschaftspartner Chinas in Europa als auch der wichtigste Handelspartner der MOE-Staaten. Das erlaubt der Bundesrepublik, die Rolle eines Koordinators zu spielen, der die Beziehungen im Dreieck EU-MOE-China mitgestaltet und gleichzeitig die Kohärenz der Chinapolitik der EU verteidigt.

Polen-China: Stagnation in den Beziehungen

2019 war es 70 Jahre her, dass Polen als eines der ersten Länder der Welt diplomatische Beziehungen zu der neugegründeten Volksrepublik China aufnahm. Für die Gegenwart aber fällt es schwer, den polnisch-chinesischen Beziehungen eine Blütezeit nachzusagen. Im Gegenteil hatten sie sich verschlechtert, nachdem Anfang 2019 ein für den polnischen Markt zuständiger leitender Mitarbeiter der Firma Huawei in Warschau unter dem Verdacht der Spionage für die chinesische Regierung festgenommen wurde. Als Konsequenz sagte China den für Anfang 2019 geplanten Besuch seines Außenministers Wang Yi in Polen ab. Die Ermittlungen gegen den Verdächtigen dauern an, er ist weiterhin in polnischer Untersuchungshaft; unterdessen hat sich aber der Kontext der Situation wesentlich verändert. Denn inzwischen ist die internationale Diskussion um die Rolle der Firma Huawei durch die gegen das Unternehmen vorgebrachten Vorwürfe der USA hitziger geworden. Mehrere europäische Staaten haben erwogen, den Zugang von Huawei zum Aufbau des 5G-Netzes aus Sorge

um ihre nationale Sicherheit einzuschränken¹. So weit ist Polen explizit nicht gegangen, aber im September 2019 wurde eine polnisch-amerikanische Erklärung zu den Sicherheitsstandards des 5G-Netzes unterzeichnet. Dadurch verschärfte sich die polnische Rhetorik gegenüber China, und der Standpunkt Polens näherte sich dem der USA an.

Der Zwischenfall mit dem Huawei-Mitarbeiter kam für beide Seiten unerwünscht, und Polen ist inzwischen bemüht, seine Beziehungen zu China zu stabilisieren. Dabei lässt es sich aber weiterhin vor allem durch die Solidarität mit dem US-Standpunkt und der EU-Politik leiten. Zum Thema 5G plädiert die polnische Regierung für EU-weite Standards und Leitlinien für das Auftreten von Unternehmen aus Drittstaaten, die in der EU 5G-Netze aufbauen. Ziel ist es, Transparenz und Sicherheit zu erreichen, eine explizite Kritik an China aber zu vermeiden. Der Besuch von Außenminister Wang Yi kam im Juli 2019 letztlich doch noch zustande und wurde als Normalisierung der polnisch-chinesischen Beziehungen interpretiert. Wang traf mit Staatspräsident Andrzej Duda und Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sowie Außenminister Jacek Czaputowicz zusammen; außerdem fand im Rahmen von Wangs Besuch die zweite Sitzung der polnisch-chinesischen Regierungskommission (gegründet 2015) statt². Beide Seiten kündigten an, Synergien zwischen der polnischen *Strategie für Verantwortliche Entwicklung*, der *EU-China Connectivity Platform* und der chinesischen *Belt and Road Initiative* anzustreben³. Dies bedeutet, dass Polen die Beziehungen zu China nicht nur unter Berücksichtigung des Standpunkts der USA gestalten will, sondern auch im Einklang mit der EU-Linie, die in der *EU-China 2020 Strategic Agenda for Cooperation* niedergelegt ist. Auf der anderen Seite haben es polnische Politiker vermieden, auf die sensiblen Themen Hongkong oder Menschenrechtslage in China einzugehen, die zur selben Zeit – im Juli 2019 – beim Besuch von Wang Yi in Bratislava die kritischer gegenüber China eingestellte Präsidentin der Slowakei, Zuzana Čaputová, angesprochen hatte⁴.

Unter einem breiteren Blickwinkel erweist sich, dass die polnisch-chinesischen Beziehungen schon seit einigen Jahren stagnieren. Zwar halten

1 Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates (EU) 2019/452 vom 19. März 2019 zur Schaffung eines Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen in der Union, Amtsblatt der EU, L79 I/1, 21.03.2019.

2 Zwölfte Verordnung zur Änderung der Außenwirtschaftsverordnung vom 19. Dezember 2018, BAAnz AT 28.12.2018 B1.

3 Siehe: Voelsen, D., Rühling, T. und Seaman, J. (2019): 5G and the US-China tech rivalry – a Test for Europe's Future in the Digital Age, SWP Comment 2019/C 29, Juni 2019, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019C29/>, 7.11.2019.

4 Bachulska, A. (2019): Środkowoeuropejska wizyta Ministra Spraw Zagranicznych CHRL. Implikacje dla Polski oraz regionu [Die Mitteleuropäische Reise des Außenministers der VR China. Implikationen für Polen und die Region], The Bulletin of the Asia Research Centre, Centre for Security Studies, War Studies University in Warsaw, Vol. 30 August 2019.

beide Staaten offiziell an der 2011 vereinbarten strategischen Partnerschaft fest, es finden regelmäßige diplomatische Besuche und Begegnungen auf Ministerienebene statt; Polen hat seine Unterstützung für die Belt and Road Initiative (BRI) erklärt und ist Mitglied der auf chinesischen Anstoß hin entstandenen Initiative Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Doch nach anfänglichem Eifer sind auf polnischer Seite aktuell ein zurückgehendes Engagement und eine Reduktion des Personalaufwands für die dynamische Entwicklung der Kontakte zu China zu beobachten. Symbolcharakter hatte hier die Senkung des Ranges der polnischen Delegation auf dem zweiten BRI-Forum in Peking (April 2019), wo Polen nur noch durch den damaligen Finanzminister vertreten war, während auf der Gründungssitzung die damalige Ministerpräsidentin Beata Szydło anwesend gewesen war. Seit 2017 wird China in Polen als „anspruchsvoller Partner“ wahrgenommen, und im November 2018 erklärte Ministerpräsident Morawiecki sogar, China stelle eine Herausforderung für die NATO und darüber hinaus die demokratische Welt dar⁵.

Die Quelle für die Verschlechterung der Beziehungen liegt zweifellos in der aus polnischer Sicht entscheidenden Orientierung am Bündnis mit den USA; dies markiert Grenzen für ein polnisches Engagement zugunsten der Beziehungen zu China, zumal im Kontext des gegenwärtigen Handelsstreits zwischen den USA und China und vor dem Hintergrund der Probleme rund um die Firma Huawei. Ein anderes, tieferliegendes Problem ist ein Defizit an gegenseitigem Verständnis sowie unzureichendes Wissen über China in Polen und umgekehrt⁶. China kommt in den polnischen Medien im Grunde nur im Zusammenhang mit Wirtschaftsthemen, Berichten über die neue Seidenstraße und neuerdings den Kontroversen um Huawei vor; ein tieferes Wissen über Chinas Geschichte und seine innenpolitische, geographische und soziale Situation fehlt dagegen weitgehend.

In Warschau wird überdies das sich vertiefende Handelsdefizit Polens im Austausch mit China immer kritischer gesehen. Es erreichte 2018 mit über 17 Milliarden USD seinen bisherigen Höchststand. Der polnisch-chinesische Handel wuchs 2018 um 15,5 % auf den Rekordwert von fast

5 Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Außenministerium] (2018): II posiedzenie Polsko-Chińskiego Komitetu Międzrządowego. Wspólne Konkluzje. [II. Sitzung der polnisch-chinesischen Regierungskommission. Gemeinsame Schlussfolgerungen], 8.07.2019, <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/wizyta-ministra-spraw-zagranicznych-chinskiej-republiki-ludowej2>, 7.11.2019.

6 Reuters (2019): Slovakia's new president takes aim at China's rights record, 10.06.2019, <https://www.reuters.com/article/us-slovakia-china/slovakias-new-president-takes-aim-at-chinas-rights-record-idUSKCN1U523H>, 7.11.2019.

25 Mrd. USD; davon entfällt der überwiegende Teil auf den polnischen Import aus China (plus 16,8% auf gut 20 Mrd. USD). Der polnische Export nach China betrug 2018 3,64 Mrd. USD, was ebenfalls einen Zuwachs bedeutete. Doch ist er im Vergleich zu anderen Staaten der EU gering; mit seinen Exporten nach China nimmt Polen unter den EU-Staaten den 16. Platz ein⁷.

Die ehrgeizigen Ankündigungen einer wachsenden wirtschaftlichen Aktivität Chinas auf dem polnischen Markt haben sich nicht bewahrheitet. Von 2010 bis 2018 betrug die chinesischen Investitionen in Polen insgesamt etwa 1,4 Mrd. EUR. In den Jahren 2015-16 betraf dies hauptsächlich Projekte in den Branchen Elektronik, Metallverarbeitung und Haushaltstechnik. 2017 stach die etwa 9,4 Mio. EUR betragende Investition der Firma Nucotech (Produktion von Sicherheitstechnik, u.a. Gepäckscannern) hervor, 2018 wurden drei Projekte aus China im Gesamtwert von 54,9 Mio. EUR aus den Sektoren Elektromobilität, Forschung und Entwicklung realisiert⁸. Polen geht es dabei nicht um die Quantität der chinesischen Investitionen, sondern um ihre Qualität: starkes Entwicklungs- und Innovationspotential steht im Mittelpunkt der polnischen Interessen.

Chinas Aktivitäten in Mitteleuropa und die Skepsis Deutschlands

China hatte mit Polen ursprünglich große Pläne. Polen sollte Hauptansprechpartner im Rahmen der 2012 in Warschau ins Leben gerufenen Plattform 16+1⁹ sein. Als sich dynamisch entwickelnde Volkswirtschaft und gleichzeitig für die Aktivität Chinas offenes Land sollte Polen eine führende Rolle in der Region spielen und ein wichtiger Transport- und Logistikhub zwischen China und Europa werden.

7 Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Ministerpräsidenten] (2018): Premier Mateusz Morawiecki w Hamburgu: Polska jest jednocześnie proamerykańska i proeuropejska [Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in Hamburg: Polen ist gleichzeitig proamerikanisch und proeuropäisch], premier.gov.pl, 17.11.2018, <https://www.premier.gov.pl/wydarzenia/aktualnosci/premier-mateusz-morawiecki-w-hamburgu-polska-jest-jednoczesnie-proamerykanska.html>, 30.10.2019

8 Vgl. z.B.: Klub Jagielloński (2018): Góralczyk: W Polsce Chinami nikt specjalnie się nie interesuje [In Polen interessiert sich kaum jemand ernsthaft für China], klubjagiellonski.pl, 18.11.2018, <https://klubjagiellonski.pl/2018/11/18/goralczyk-w-polsce-chinami-nikt-specjalnie-sie-nie-interesuje/>, 7.11.2019; Gazeta.pl (2019): Bogusz: Jeśli nie powstrzymamy autorytarnych Chin, to będą nam mówić, jak mamy żyć [Wenn wir dem autoritären China keine Grenzen setzen, wird es uns vorschreiben, wie wir zu leben haben], next.gazeta.pl, 30.09.2019, <http://next.gazeta.pl/next/7,151003,25251991,bogusz-jesli-nie-powstrzymamy-autorytarnych-chin-to-beda-nam.html>, 7.11.2019.

9 Kalwasiński, M. (2019): Handel polsko-chiński bije kolejne rekordy [Polnisch-chinesischer Handel erneut auf Rekordniveau], bankier.pl, 23.01.2019, <https://www.bankier.pl/wiadomosc/Handel-polsko-chinski-bije-kolejne-rekordy-7638452.html>, 30.10.2019.

Die Plattform 17+1 ist ein wesentliches Element von Chinas wirtschaftlicher Offensive in Europa. Deren Ziel ist es, die Zusammenarbeit Chinas mit den MOE-Staaten auszuweiten, besonders bei Infrastrukturprojekten. Im Rückblick auf die letzten sieben Jahre muss man jedoch feststellen, dass die Projekte kaum vorangekommen sind und bisher keine konkreten, messbaren Auswirkungen zu verzeichnen sind. Die Ergebnisse bleiben bisher hinter den Erwartungen zurück. Wegen der Heterogenität der Zielgruppe und seiner mangelnden Anpassung an die regionalen Begebenheiten erinnert das 17+1 Format eher an eine Ansammlung von 17 bilateralen Plattformen als an ein kohärentes multilaterales Projekt; Vieles hat eher symbolischen Charakter. Der 17+1-Gipfel in Dubrovnik hat jedoch gezeigt, dass China diese Initiative ausbauen will. Davon zeugt auch die Einbeziehung Griechenlands. Von den 16 nichtchinesischen Teilnehmern des Projekts sind 12 Mitglieder der EU. Gleichzeitig bewahren sie aber divergente Standpunkte (z.B. ist Ungarn gegenüber chinesischen Vorschlägen weit offener als die zurückhaltende Slowakei); dies deutet darauf hin, dass sie das 17+1-Format weniger als Ebene wahrnehmen, auf der koordinierte Ansätze für die China-Politik der Region oder auch der ganzen EU gestaltet werden könnten, denn als Chance, jeweils partikuläre wirtschaftliche und politische Interessen wahrzunehmen.

Deutschland gehört innerhalb der EU zu den größten Kritikern des Formates. Dort wird es als Instrument gesehen, die Einheit der EU gegenüber der Volksrepublik im Sinne einer Strategie des Teilens und Herrschens aufzuweichen und die Staaten der MOE-Region auf Distanz zur EU zu bringen, indem China sie von sich wirtschaftlich abhängig mache. Staaten, die von chinesischen Investitionen profitieren, könnten, so die Befürchtungen, weniger bereit sein, eine entschiedene Politik der EU, etwa bei der Wahrung der Menschenrechte in China oder gegenüber den Aktivitäten Pekings im Südchinesischen Meer, mitzutragen. Diese Argumentation stützt sich auf einige Beispiele aus den letzten Jahren, als Ungarn, Griechenland, Slowenien oder Kroatien ihr Veto gegen ein entschiedenes Vorgehen der EU einlegten.

Zweifelloos kann das wirtschaftliche Engagement Chinas in Polen und den MOE-Staaten politische Probleme heraufbeschwören. Der Vorwurf aber, die Staaten der Region begäben sich in eine Abhängigkeit von China, ist jedoch wenig nachvollziehbar. Die meisten Auslandsinvestitionen in der Region kommen nach wie vor aus der EU bzw. den USA. Auch pflegen die Staaten Westeuropas selbst mit China weit intensivere wirtschaftliche

Beziehungen als Mittelosteuropa. Nach Angaben des MERICS-Instituts in Berlin haben chinesische Unternehmen 2018 in Deutschland 2,1 Mrd. EUR bzw. 12 Prozent der Gesamtinvestitionen Chinas in der EU angelegt. Großbritannien ist mit 4,2 Mrd. EUR, d.h. 24 Prozent der Gesamtinvestitionen, von noch größerer Bedeutung für chinesische Investitionen gewesen. Dagegen hat China in Osteuropa nur 2 Prozent seiner Gesamtinvestitionen im EU-Raum getätigt¹⁰. In diesem Kontext muss man die Vorwürfe, die Mittelosteuropäer würden die Einheit der EU durch ihre Beteiligung an dem 17+1-Format untergraben, klar zurückweisen.

Auch Deutschland hat Probleme in seinen Beziehungen zu China

China ist seit 2016 der wichtigste Handelspartner Deutschlands und liegt damit vor Frankreich und den USA. Die Zusammenarbeit mit China hat der deutschen Wirtschaft starke Gewinne eingebracht, sowohl beim Handel als auch bei den Investitionen. Aktuell wird der chinesische Markt zum Zukunftslabor für die deutschen Autohersteller, wenn es um Elektromobilität geht. Gleichzeitig ist Deutschland einer der wichtigsten Zielmärkte für chinesische Investitionen. Die Bundesrepublik verfügt über Potential und Technologien in Branchen wie dem Maschinen- und Fahrzeugbau, die für Chinas „Made in China 2025“-Strategie bedeutsam sind. In den letzten Jahren ist Deutschland jedoch skeptischer gegenüber der Politik der asiatischen Großmacht geworden. Zweifel wecken die Aktivitäten staatlich



kontrollierter chinesischer Unternehmen bei der Übernahme von Unternehmen aus sensiblen Sektoren der deutschen Volkswirtschaft. Dazu kommen andere Probleme in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und China, wie Marktzugangsbeschränkungen oder die Frage des Schutzes von geistigem Eigentum. Wendepunkt in der deutschen Sicht waren sicherlich die Übernahmen von KUKA, KraussMaffei und Osram/Ledvance. In den politischen und wirtschaftlichen Eliten der Bundesrepublik wuchs die Überzeugung, dass es erforderlich sei, die deutsche Politik gegenüber den Großmachtambitionen Chinas neu zu definieren. Dies gilt insbesondere für die chinesische „Neue Seidenstraße“-Initiative. Kennzeichnend für diesen Wandel in der deutschen Haltung ist die Beschreibung Chinas als „systemischer Wettbewerber“ durch den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)¹¹ und die von Wirtschaftsminister Peter Altmaier angestoßene Debatte zur deutschen und europäischen Industriepolitik.

Der Problemkomplex Huawei/5G belastet auch die deutsch-chinesischen Beziehungen. Freilich hat die Bundesregierung trotz intensiver öffentlicher Debatten und ungeachtet an ihre Adresse gerichteter Forderungen der USA, den Zugang des chinesischen Unternehmens zum deutschen Markt zu beschränken, keine entschiedenen Schritte in diese Richtung eingeleitet. In einer am 15.10.2019 veröffentlichten Pressemitteilung der Bundesnetzagentur wird lediglich angekündigt, dass Hersteller und Lieferanten verpflichtet werden sollten, einen Nachweis der Vertrauenswürdigkeit einzuholen; einige andere eher weiche Maßnahmen sollen die Sicherheit beim Ausbau des 5G-Netzes gewährleisten¹². Es ist der Bundesrepublik unmöglich, einen harten Standpunkt gegenüber Huawei einzunehmen. Dies liegt einerseits an der Intensität der deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen und andererseits an internem Druck, den die deutschen Telekommunikationsunternehmen ausüben.

Kooperationsperspektiven - Deutschland als Brückenbauer?

Der deutsche Außenminister Maas hat gefordert, dass alle EU-Staaten die europäische Politik gegenüber China gemeinsam gestalten müssten, damit Peking Europa als gleichberechtigten Akteur behandle. „Subregionale

11 China-CEEC/China-Central and Eastern European Countries Cooperation Initiative, 2019 durch den Beitritt Griechenlands auf dem Gipfel in Dubrovnik zu „17+1“ erweitert.

12 Hanemann, T., Huotari, M., Kratz, A.: Chinese FDI in Europe (2019): 2018 trends and impact of new screening policies, Rhodium Group and MERICS, <https://www.merics.org>, 27.08.19

Formate wie 16+1 (...) dürfen keine wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeiten schaffen und die EU dadurch spalten¹³. Auch Kanzlerin Merkel hat die Teilnehmerstaaten davor gewarnt, nicht den gemeinsamen Standpunkt der EU zu „untergraben“¹⁴. Eine kohärente und entschiedene China-Politik der EU müsse im selben Grade im Interesse der MOE-Staaten wie auch Deutschlands liegen. Maas forderte zugleich, Deutschland solle dazu beitragen, die Trennungen zwischen dem Osten und dem Westen der EU abzumildern und auf diese Weise die Rolle eines „Brückenbauers“ zu übernehmen.

Unter den Staaten Westeuropas ist Deutschland derjenige, der die intensivsten Wirtschaftsbeziehungen mit Mittelosteuropa, insbesondere den Staaten der Visegrad-Gruppe (V4), hat. Das war für beide Seiten von Vorteil. Deutschland wurde zum Scharnier zwischen den MOE-Staaten und der westeuropäischen Wirtschaft, hat die Einbindung in den internationalen Handel unterstützt. Zugleich ist Mittelosteuropa für Deutschland ein interessanter Investitionsstandort. 2018 erreichten Deutschland und die V4-Staaten ein Gesamthandelsvolumen von 293 Mrd. EUR, was weit über dem deutsch-chinesischen Handel (fast 200 Mrd. EUR) lag.

Erste positive Signale deutschen „Networkings“ sind schon zu beobachten. So will man sich an Formaten beteiligen, die primär die MOE-Region betreffen, um somit die internen Prozesse unter Kontrolle zu halten und von innen her auf sie einzuwirken. Das deutsche Interesse an der von Polen und Kroatien ins Leben gerufenen „Drei-Meere-Initiative“, die geographisch mit dem Einzugsbereich der 17+1-Initiative übereinstimmt, ist gewachsen. Heiko Maas nahm am Gipfel der Initiative in Bukarest 2018 teil und sprach die Perspektive eines Beitritts Deutschlands zu diesem Format an. Damals wurde Deutschland ein Beobachter-/Partnerland der Initiative; 2019 war auf dem folgenden Gipfel in Ljubljana Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu Gast. Eine Entscheidung, die Bundesrepublik als vollberechtigtes Mitglied der Initiative aufzunehmen, ist aber bisher ausgeblieben¹⁵. Deutschland war auch ein Gründungsmitglied der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), die eine wichtige

13 BDI (2019): Partner und systemischer Wettbewerber – Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?, Grundsatzpapier China, <https://bdi.eu>, 27.08.19

14 Bundesnetzagentur (2019): Gemeinsame Pressemitteilung. Konsultationen zum Katalog der Sicherheitsforderungen gemäß § 109 Abs. 6 TKG, Bonn, 15.10.2019, https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allgemeines/Presse/Pressemitteilungen/2019/20191014_ITSicherheit.pdf?__blob=publicationFile&v=4, 30.10.2019.

15 Maas, H. (2018): „Bukarest, Berlin, Brüssel – gemeinsam für ein souveränes, starkes Europa“, <https://www.auswaertiges-amt.de>, 27.08.2018

Finanzierungsquelle für die Infrastrukturprojekte im Rahmen der Seidenstraße-Initiative darstellen soll.

Denkbar ist, dass diese Strategie auch gegenüber der 17+1-Plattform fortgesetzt wird, vor allem, wenn China an seinem in den letzten Jahren geäußerten, konzilianteren Ansatz festhalten sollte. Auf den diversen Gipfel des 16/17+1-Formats bemühte man sich verstärkt, Berlin, Paris und Brüssel zu beschwichtigen. An der Aushandlung der Abschlussdokumente des Dubrovniker Gipfels nahmen auch Vertreter der EU-Institutionen teil. Die Texte verweisen auf EU-Standards und auf das Streben nach einer Harmonisierung der Projekte mit der *EU-China Connectivity Platform*. Kanzlerin Merkel wurde eingeladen, am 16+1-Gipfel in Sofia 2018 teilzunehmen; auch der chinesische Außenminister Wang Yi warb in Berlin im Mai 2018 dafür, die Potentiale Chinas und Deutschlands bei der Zusammenarbeit mit der MOE-Region zu verbinden. In welchem Maße es gelingt, die Projekte des Formats 17+1 unter den Schirm der Gesamtbeziehungen zwischen China und der EU zu nehmen, hängt in hohem Maße von der aktiven und gleichzeitig diskreten Rolle Deutschlands ab.

Ein Schlüsselbegriff dafür, dass Deutschland die Rolle als Koordinator ausfüllt, ist die Konnektivität. Es geht darum, Verbindungen zu schaffen. Telekommunikations-, Straßen- und Eisenbahnverbindungen bilden ein zentrales Element sowohl der 17+1-Initiative als auch des Drei-Meere-Projekts. Wenn die EU den MOE-Staaten entsprechende Angebote zur infrastrukturellen Zusammenarbeit und zur Stärkung der Vernetzung der Region macht (zum Beispiel im Rahmen von Trans-European Transport Network/TEN-T), stärkt sie auch ihre Position gegenüber chinesischen Angeboten. Dazu ist eine stärkere Mitfinanzierung nötig, z.B. das Investitionspaket von 4 Mrd. EUR, das die EU-Kommission im April 2019 für Infrastrukturprojekte in den Mitgliedsstaaten, hauptsächlich in MOE, freigegeben hat. Es geht aber auch um symbolische Akte. Wenn Brüssel und Berlin sich entscheiden, der Drei-Meere-Initiative den Charakter eines EU-Projekts zu verleihen, könnte daraus eine Plattform zur Werbung für das infrastrukturelle Angebot der EU und der Harmonisierung der im Rahmen von 17+1 entwickelten Projekte werden. Projekte mit dem Gütesiegel der EU werden in den Gesellschaften der MOE-Staaten nach wie vor positiv wahrgenommen, während chinesische Angebote oft vor dem Hintergrund fehlgeschlagener früherer Versuche und im Lichte des Stereotyps von „chinesischer Billigware“ gesehen werden. Ein weiteres Zukunftsthema ist die Energiewirtschaft. Einige MOE-Staaten sind

frustriert darüber, dass die EU-Angebote ihre Fähigkeiten und Bedürfnisse ignorieren. Die MOE-Staaten brauchen stärkere Unterstützung von Seiten der EU bei der Entwicklung alternativer Energiequellen, um den europäischen Obergrenzen der EU beim CO₂-Ausstoß zu genügen. Dass chinesische Anbieter in dieser Hinsicht keinerlei Auflagen machen, trägt zu deren Attraktivität bei.

Es ist heute eine Herausforderung für die EU, nachhaltige Beziehungen zu China aufzubauen. Es liegt im Interesse aller EU-Staaten, das erhebliche Handelsdefizit gegenüber China abzubauen, auf eine weitere Öffnung des chinesischen Marktes zu drängen und die seit 2013 andauernden Verhandlungen über ein bilaterales Investitionsabkommen EU-China zum Abschluss zu bringen. Das Problem mit der Firma Huawei hat eine zusätzliche schwer zu bewältigende Herausforderung für das Erarbeiten eines gemeinsamen europäischen Standpunkts geschaffen, der einerseits Transparenz und Sicherheit gewährleisten soll, andererseits aber den für den innovativen Charakter der europäischen Wirtschaft und ihre Wettbewerbsfähigkeit entscheidenden Aufbau des 5G-Netzes in der EU nicht behindern darf. Die EU muss in der Chinapolitik nicht nur nach außen mit einer Stimme sprechen, sondern auch nach innen integrieren. Um dies zu erreichen, ist es notwendig, einen Konsens über die gemeinsamen Interessen aller Mitgliedstaaten herauszuarbeiten. Deutschland kann hierbei eine Schlüsselrolle als Koordinator zu spielen. Damit würde es dazu beitragen, mögliche Gefahren in diesen Beziehungen zu China zu reduzieren. Dabei kann der Konflikt zwischen China und den USA helfen, denn er verstärkt in China das Interesse, gegenüber der EU einen konzilianteren Ton anzuschlagen, um sich deren Unterstützung zu sichern.

Bibliographie

- Bachulska, A. (2019): Środkowoeuropejska wizyta Ministra Spraw Zagranicznych CHRL. Implikacje dla Polski oraz regionu [Die Mitteleuropareise des Außenministers der VR China. Implikationen für Polen und die Region], The Bulletin of the Asia Research Centre, Centre for Security Studies, War Studies University in Warsaw, Vol. 30 August 2019.
- BDI (2019): Partner und systemischer Wettbewerber – Wie gehen wir mit Chinas staatlich gelenkter Volkswirtschaft um?, Grundsatzpapier China, <https://bdi.eu>, 27.08.19

- Bundesnetzagentur (2019): Gemeinsame Pressemitteilung. Konsultationen zum Katalog der Sicherheitsforderungen gemäß § 109 Abs. 6 TKG, Bonn, 15.10.2019, https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Allgemeines/Presse/Pressemitteilungen/2019/20191014_ITSicherheit.k.pdf?__blob=publicationFile&v=4, 30.10.2019.
- Gazeta.pl (2019): Bogusz: Jeśli nie powstrzymamy autorytarnych Chin, to będą nam mówić, jak mamy żyć [Wenn wir dem autoritären China keine Grenzen setzen, wird es uns vorschreiben, wie wir zu leben haben], [next.gazeta.pl](http://next.gazeta.pl/next/7,151003,25251991,bogusz-jesli-nie-powstrzymamy-autorytarnych-chin-to-beda-nam.html), 30.09.2019, <http://next.gazeta.pl/next/7,151003,25251991,bogusz-jesli-nie-powstrzymamy-autorytarnych-chin-to-beda-nam.html>, 7.11.2019.
- Hanemann, T., Huotari, M., Kratz, A.: Chinese FDI in Europe (2019): 2018 trends and impact of new screening policies, Rhodium Group and MERICS, <https://www.merics.org>, 27.08.19.
- Janulewicz, Ł., Żornaczuk, T. (2019): Germany and the Three Seas Initiative, Polish Institute for International Affairs/PISM Bulletin No. 120, 22.08.2019.
- Kalwasiński, M. (2019): Handel polsko-chiński bije kolejne rekordy [Polnisch-chinesischer Handel erneut auf Rekordniveau], [bankier.pl](https://www.bankier.pl/wiadomosc/Handel-polsko-chinski-bije-kolejne-rekordy-7638452.html), 23.01.2019, <https://www.bankier.pl/wiadomosc/Handel-polsko-chinski-bije-kolejne-rekordy-7638452.html>, 30.10.2019.
- Kancelaria Prezesa Rady Ministrów [Kanzlei des Ministerpräsidenten] (2018): Premier Mateusz Morawiecki w Hamburgu: Polska jest jednocześnie proamerykańska i proeuropejska [Ministerpräsident Mateusz Morawiecki in Hamburg: Polen ist gleichzeitig proamerikanisch und proeuropäisch], [premier.gov.pl](https://www.premier.gov.pl), 17.11.2018, <https://www.premier.gov.pl/wydarzenia/aktualnosci/premier-mateusz-morawiecki-w-hamburgu-polska-jest-jednoczesnie-proamerykanska.html>, 30.10.2019.
- Klub Jagielloński (2018): Góralczyk: W Polsce Chinami nikt specjalnie się nie interesuje [In Polen interessiert sich kaum jemand ernsthaft für China], klubjagiellonski.pl, 18.11.2018, <https://klubjagiellonski.pl/2018/11/18/goralczyk-w-polsce-chinami-nikt-specjalnie-sie-nie-interesuje/>, 7.11.2019.
- Maas, H. (2018): „Bukarest, Berlin, Brüssel – gemeinsam für ein souveränes, starkes Europa“, <https://www.auswaertiges-amt.de>, 27.08.2018.

- Mazurkiewicz, P. (2019): Polska odpada z wyścigu po inwestycje z Chin [Polen fällt im Wettbewerb um chinesische Investitionen zurück], Rzeczpospolita, 11.03.2019, <https://www.rp.pl/Inwestycje/303109942-Polska-odpada-z-wyscigu-po-inwestycje-z-Chin.html>, 30.10.2019.
- Ministerstwo Spraw Zagranicznych [Außenministerium] (2018): II posiedzenie Polsko-Chińskiego Komitetu Międzyrządowego. Wspólne Konkluzje. [II. Sitzung der polnisch-chinesischen Regierungskommission. Gemeinsame Schlussfolgerungen], 8.07.2019, <https://www.gov.pl/web/dyplomacja/wizyta-ministra-spraw-zagranicznych-chinskiej-republiki-ludowej2>, 7.11.2019.
- Reuters (2018): China investment must not undermine EU joint policy, warns Merkel, <https://www.reuters.com>, 27.02.2018.
- Reuters (2019): Slovakia's new president takes aim at China's rights record, 10.06.2019, <https://www.reuters.com/article/us-slovakia-china/slovakias-new-president-takes-aim-at-chinas-rights-record-idUSKCN-1U523H>, 7.11.2019.
- Voelsen, D., Rühling, T. und Seaman, J. (2019): 5G and the US-China tech rivalry – a Test for Europe's Future in the Digital Age, SWP Comment 2019/C 29, Juni 2019, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019C29/>, 7.11.2019.

Tomasz Morozowski

geb. 1991, Politikwissenschaftler, Analytiker am West-Institut Posen (Instytut Zachodni, Poznań). Forschungsgebiete sind die globale Rolle Deutschlands, die Beziehungen zwischen Deutschland, China und der EU, Digitalisierung und Innovation

morozowski@iz.poznan.pl